

Gießener Zeitung

(Neueste Nachrichten)

(Gießener Tageblatt)

Bezugspreis 80 Pfg. monatlich

Anzeigenpreis 24 Pfg.

vierteljährlich 2,40 M., vorauszahlbar, frei ins Haus
abgeholt in unserer Expedition oder in den Zweig-
ausgabenstellen vierteljährlich 1,80 M. — Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag. — Redaktionsschluss
täglich 8 Uhr. — Für Aufbewahrung oder Rücksendung
ist i. d. Regel keine Verantwortung zu übernehmen.

Expedition: Südanlage 21.

Die 44 mm breite Zeitzeile, für Anzeigen 36 Pfg.
Die 90 mm breite Reklame-Zeile 100 Pfennig.
Zusatzblätter werden nach Gewicht und Größe
berechnet. Rabatt kommt bei Ueberlieferung des Zahlungs-
zeiles (30 Tage), bei gerichtlicher Freizeichnung oder bei
Kontostand in Begleit. Platzverweigerung ohne Verbindlichkeit.
Verlag der „Gießener Zeitung“, Gießen.

Verlag der „Gießener Zeitung“.

Nr. 108.

Telephon Nr. 362.

Dienstag, den 26. November 1918.

Telephon Nr. 362.

31. Jahrg.

Hindenburg.

Wenn im Brauen der Nacht der Wanderer den rechten Weg nicht zu finden weiß, richtet er den Blick voll Zuerstreckung nach dem Himmel, wo der Polarstern unumstößlich steht, dem er weiter und Leuchte zugleich. Auch das deutsche Volk braucht in diesen Tagen, wo alles wankt, wo ihm noch nicht klar ist, welchen Weg es zu gehen hat, den Polarstern und Leuchte. Und der in vier schicksalvollen Jahren Erprobte besagt auch jetzt nicht: Hindenburg. Sein Gehör an die Aemere zeigt, wie eine in sich gefestigte Persönlichkeit sich auch in den schwersten Tagen treu bleibt, durch sein Handeln ein Vorbild für alle. Wie aus Granit gebauen sind die Sätze des Generals; kein Wort zuviel, jedes voll Kraft und Maß. Nicht prunkend, nur als Tatsache wird er hervorgehoben, was das Heer vollbracht, wird erklärt, weshalb die Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden mussten. Mit voll begründetem Selbstbewusstsein wird festgestellt, dass die Aemere Land und Meer bis zum äußersten verteidigt hat. In schlichten und gerade dresigen aus der greifenden Worten wird die Zuerstreckung ausgesprochen, dass das Heer auch ferner seinem Feldmarschall folgen wird. Durch den ganzen Erfolg, wenn auch unumstößlich, aber klug; das Votendum kann auch ferner auf mich zählen, ich rechne darauf, dass es auch auf Euch zählen kann. Ein ganzer Mann! Das ringt sich unwillkürlich von den Lippen, wenn man den Erfolg ein, zwei, drei Mal gelesen hat. Er muß jedem eine Lasso-bringung, eine im Innern dringende Mahnung sein, in Tat und Bestimmung diesem Manne zu folgen.

Was es schon immer erste Pflicht, dem Vaterlande die beste Kraft zu weihen, jetzt ist es erst recht nötig, denn jetzt braucht das Vaterland die volle Hingabe eines Jeden. Es nach diesem Niederbruch wieder aufzubauen, alles daranzusetzen, was es wieder im Innern und nach außen hin, groß darstellt, danach muß jeder mit Herz und Hand stehen. Daran muß jeder arbeiten, keine das Beste stehen und wenn er auch wohl persönlichen zurechtbringen muß. Niemals war es so dringlich, das eigene Selbst zu vergessen und des Ganzen willen. Mögen auch die alten Feinde zerschoben sein, es ist der Geist, der sich den Körper baut. Wenn dieser Geist, der deutsche Geist, der Geist, der eine Sache um zu erreichen willens ist, in jedem einzelnen ist, in jedem nach seinen Kräften zur Tat wird, wenn alle einig und treu sind im Dienst am Vaterlande, dann wird auch das Reich zu neuer Herrlichkeit erstehen, und wir werden unseren Nachkommen ein leuchtendes, wohlhabendes Haus überlassen können, wie wie solches von unseren Vorfahren übernommen haben. Deshalb gelobe sich jeder: Ich stehe zu Hindenburg!

Aus der Republik Hessen.

Das hessische Staatsministerium hat an alle Beamten, Notare und Anwälte der Republik Hessen folgendes Mandat erlassen. Die neue Ordnung der Dinge in Hessen macht, unter diesem anderen, auch eine Änderung der Dienstbezeichnung einer Behörde als „Großherzoglich“ nötig, was zu unterbleiben hat. Die vorhandenen Vordrucke sind aufzubereiten, wobei die Bezeichnung „Großherzoglich“ zu durchstreichen ist. Im inneren Dienstverkehr genügt es, die Dienstbezeichnung der Behörde — Kreisamt, Bürgermeisterei — anzuführen. Im öffentlichen und im Verkehr mit nicht hessischen Behörden ist anstatt „Großherzoglich“ die Bezeichnung „Staat“ zu gebrauchen.

Frankfurt, 23. Nov. Auf das Telegramm des hessischen Staatsministers Reich erstellte der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort:

Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin brachte die Reichsregierung zum Ausdruck, daß sie weit davon entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschließen, vielmehr auf enge Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reiches Wert legt. Sie steht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder Bundesstaates, sondern nach einer solidarisches Demokratie des einheitlichen Deutschland.

Wie zuverlässig verlautet, ist der Gesandtschaft über die Wahl zur Volksversammlung der Republik Hessen vom Ministerpräsidenten Reich dem Ministerkollegium unterbreitet worden, das nunmehr in die endgültige Verhandlung über die Vorlage eintreten wird. Die Vorlage bewegt sich in dem Rahmen der von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Zweiten Kammer in Jahrzehnte langen Kämpfen verfolgten Grundzüge. Hauptpunkt ist die gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahl nach dem Verhältnisystem durch alle männlichen und weiblichen Personen, die zur Zeit der Wahl das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, in dessen wohnen und die hessische Staatsangehörigkeit besitzen.

* Mainz, 23. Nov. Der Mainzer Arbeiter- und Soldatenrat hat den Beschluß gefaßt sich einmütig und geschlossen hinter die Volksregierung zu stellen und mit allem Nachdruck für deren Entscheidungen einzutreten. Ein in diesem Sinne an den Reichstanzler Ebert abgegangenes Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Der Mainzer A. u. S. Rat stellt sich geschlossen hinter die Volksregierung. Er wendet sich mit allem Nachdruck gegen den Beschluß des Volksgemeinschaftsrates des A. u. S. Rates in Berlin, der auf Errichtung einer Diktatur der Arbeiter hinausläuft. Die proletarische Republik auf sozialistisch-wirtschaftlicher Grundlage läßt sich nicht durch einen Beschluß herbeiführen. Ihre Verwirklichung hat zur Voraussetzung die Zustimmung der überwindlichen Volksmehrheit. Bei Ausschaltung größerer Teile des Volkes wären wertvolle Kräfte ausgeschlossen. Wir fordern deshalb eine beschleunigte Einführung der Nationalversammlung und halten bis dahin die gegenwärtige Regierung als die gebührende Vertretung des Volkswillens.“ (gez. Adelsang.)

Der Unterstaatssekretär Dr. David ist hier eingetroffen, um sich über die Mainzer Verhältnisse zu orientieren.

Hessischer Arbeiter- und Soldatenrat.

In der letzten Sitzung erfolgte die Mitteilung, daß alle entlassenen jungen Mannschaften, die sich zu weiterem Arbeitsdienst bereit erklären, als freie Arbeiter gelten und entlohnt werden sollen. Bürger Sparr trat für die genaue Einhaltung des Währungsstandes ein. Bürger Dr. Ing. Heyd beantragte, daß bei der Reichsregierung dahin gewirkt werde, daß auch unsere Großgrundbesitzer, ähnlich wie die Litauer und Aeländer, 30 Proz. ihres Besitzes zur Anfertigung zur Verfügung stellen. Bürger Kallian stellte mit, daß der Staatsminister Reich seine Zustimmung dazu gegeben habe, daß die Mannschaften eine Währungssteigerung von 50 Proz. und die Chorglieder eine solche von 25 Proz. erhalten sollen. Im Namen des Volksbeauftragten berichtete Bürger Klinge über die schwierige Aufgabe, die darin besteht, dem Wunsche der Reichsregierung zu entsprechen, jedem entlassenen Soldaten einen neuen Anzug mitzugeben.

Mit den A. u. S.-Räten wird nicht verhandelt.

Genf, 23. Nov. Pichon hat sich im Kommercausschuß dahin ausgesprochen, daß mit den Bevollmächtigten der deutschen Soldaten- und Arbeiterräte auch über die Verlängerung des Waffenstillstandes nicht mehr verhandelt werde.

Rotterdam, 23. Nov. Die „Times“ melden: Die liberale Unterhauspartei hat am Donnerstag eine Besprechung zur Friedensfrage abgehalten. Die Partei ist der Auffassung, daß die jetzige deutsche Revolutionsregierung ohne ihre beschleunigte Befähigung durch eine gesetzgebende Volksvertretung nicht als eine Regierung angesehen werden dürfe, mit der England Frieden schließen könne.

Basel, 23. Nov. „Daily News“ schreibt zu der Lage in Deutschland: Mit den Soldaten- und Arbeiterräten unterhandeln die Alliierten nicht. Beauftragte der Räte nach russischem Vorbild sind keine Regierungsgewalten, die Verträge im Namen ihrer Wähler abschließen können. Wenn die nächsten vier Wochen keine gesetzmäßige Regierung in Deutschland bezeugen, muß die Frage offen bleiben, ob der Waffenstillstand von den Alliierten fortgesetzt sei.

Bekanntmachung.

Hier und da vorgekommene Mißverständnisse veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß die Fronttruppen selbstverständlich nicht zu entwaffnen sind. Zu den Fronttruppen zählen auch vorausgeschickte, im dienstlichen Interesse tätige Militärpersonen, wie Quartiermacher, Verbindungs-Offiziere usw.
Frankfurt a/M., 25. 11. 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

stellv. Generalkommando XVIII. A.-K.

Die Ankunft der Armee Marwitz.

Die 5. Armee unter dem Oberbefehl des Generals Kavallerie v. d. Maritz wird auf ihrem Helmszuge, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, am 29. November den Rhein überschreiten. Der Uebergang vollzieht sich in drei Heereskolonnen an drei verschiedenen Punkten. Die Hauptmasse, eine Doppelreihe, geht bei Mainz über die Brücken und dann in zwei Reihen nach Osten. Die südliche bewegt sich in der Richtung Groß-Gerau, Langen nach Seligenstadt und erreicht den Main; die Hauptgruppe, ebenfalls von Mainz kommend, marschiert über Höchst-Frankfurt weiter. Der nördliche Flügel der Armee legt bei Rüdelsheim über den Rhein und geht nach Norden bis zur Lahn, wobei Eins wohermöglich nicht mehr berührt wird. Die ganze Durchmarschzeit der gewaltigen Menschenschlangen, sowie des umfangreichen Heeresparks durch unser Gebiet wird falls alles glatt vonstatten geht, auf 8-9 Tage berechnet.

Zur Begleitung des demnächst in größeren Verbänden Gießen beruhenden Truppen eignen sich in erster Linie warme Getränke, vor allem Kaffee und Tee. Die Ausgabe muß aber sparsamweise einheitlich organisiert werden; deshalb ist es gut, wenn sich die Bewohner der Straßen, welche die Truppen passieren, zusammintun. Die Schaffung einheitlicher Organisationen auch nach dieser Richtung wäre sehr zweckmäßig.

An die Bevölkerung des Korpsbezirks!

In den nächsten Tagen werden unsere Armeen den Rhein überschreiten. Auf mehreren Marschstraßen werden sie stufenweise unser Gebiet passieren. Millionen harter deutscher Soldaten, die bisher tapfer kämpften, werden von ihren Oberbefehlshabern heimgeführt. Nach den geltenden und von der Volksregierung bestätigten Bestimmungen geht für die Dauer des Durchmarsches die Befehlsgewalt des stellv. Generalkommandos auf die Oberbefehlshaber der durchmarschierenden Truppen über. Den Anordnungen derselben ist Folge zu leisten.

Aber nicht nur der Befehl, sondern das eigene Herz wird jeden Volksgenossen in Stadt und Land und jede Behörde dahin bringen, willig alles zu tun, was für die Unterstüßung der Truppen auf dem Marsch bei Unterkunft und Verpflegung zu leisten ist. Folge jeder dem Oberbefehl, damit es keine Mißverständnisse gibt. Alle Anordnungen zum Wohle der Truppe müssen bis ins kleinste erfüllt werden. Wer dagegen verfährt, veründigt sich nicht nur an unserem Vaterlande, sondern auch an dem Wohl unserer tapferen Soldaten, die uns bisher vor dem Schlimmsten bewahrt haben. Hört! keine Ordnung, so steht die Aemere und das schöne Land, durch das sie marschieren, unbedingt in wenigen Tagen vor einer Hungersnot. Die Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte werden alles tun, um der Sicherung des Durchmarsches jede Forderung angeheißeln zu lassen.

Volksgenossen, empfangt unsere Soldaten gut! Die Durchmarschgebiete werden durch die Presse bekannt gegeben.

Im Namen der Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte des Bezirks des XVIII. Armeekorps:

Der Arbeiter- und Soldatenrat Frankfurt a. M.

Die Voraussetzung des Friedens.

Es wäre sehr überflüssig, wollte das deutsche Volk annehmen, daß ihm der Frieden, den es erlangt und den es dringend braucht, schon gewiß ist. Der Waffenstillstand ist da, aber über den Frieden wird erst verhandelt werden müssen. Und das heißt nun die Entente eine Bedingung und führt hinzu, daß sie unter keinen Umständen mit sich über den Frieden reden lassen werden, wenn die Bedingung von Deutschland nicht erfüllt wird. Mit dieser unerbittlichen Forderung der Entente befaßt sich der Volksbeauftragte Scheibemann im Vorworts. Er sagt: Es ist zu hoffen, daß schon die allernächsten Wochen den Präliminarfrieden bringen werden, der ebenso wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgültigen Frieden aber, der zugleich die Keimregelung anderer Geschäftsbeziehungen zu unseren bisherigen Gegnern und unsere Wiedereinrichtung in Weltverkehr und Weltverkehr, also konstituierte Verhältnisse bringen soll, wird die Entente nur mit einem konstituierten Deutschland abschließen. Das haben alle ihre Vertreter oft und dringend genug erklärt, und diese Erklärung ist nur eine Folgerung aus ihrer ebenso klugen Drohung, ein terroristisch beherrschtes Deutschland mit Waffengewalt befehlen zu wollen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Entente ein von einer Wundersicht regiertes Deutschland nicht für verhandlungsfähig nehmen wird. Ja, man darf vielleicht nicht einmal so optimistisch wie Scheibemann sein und sagen, daß nicht einmal ein Präliminarfrieden zustande kommen würde, wenn die Entente zu beschließen hätte, daß Deutschland der Unordnung aber gar dem Bolschewismus verfallen könnte. Schon vor einigen Tagen hat Wilson ein sehr nüchternes ausgeprochen, daß das neue Deutschland nur dann auf seinen Friedensbestand und, was höherlich nicht weniger wichtig ist, auf amerikanische Lebensmittellieferungen rechnen dürfte, wenn es in der Lage ist, die Staatsverwaltung, die es sich durch die Republik erhalten hat, so aufrecht zu erhalten, daß oben wie unten von einer staatlichen Ordnung gesprochen werden kann. Rummer läßt uns Wilson solche Mahnung zum zweiten Mal durch den Obersten House zuteil werden: er werde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: der Gewalt keinen Frieden und kein Brot. Damit ist eigentlich entschieden, was das deutsche Volk zu tun hat. Es braucht den Frieden, und es muß so schnell wie möglich einen Präliminarfrieden bekommen. Die Waffenstillstandsbedingungen waren hart. Die Bedingungen des Präliminarfriedens werden, so sagen die Einzelheiten, schon eine wesentliche Erleichterung bringen; aber sie werden uns eben nur dann bekannt und zuteil werden, wenn die unbelagte Voraussetzung, die Voraussetzung, von der die Entente unter keinen Umständen abzuweichen gedent, erfüllt ist: wenn Deutschland sich fern hält vom zutiefsten Chaos, wenn es sich als mächtig und fähig erweist, die Republik als Staat auszubauen und so arbeitsfähig zu erhalten, daß sie nach außen hin zugleich verhandlungsfähig ist. Auch der amerikanische Gesandte in Kopenhagen hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Er hat den Bolschewismus als ein Gesellschaftsgefühl gekennzeichnet und erklärt, daß Amerika den Kampf gegen dieses Unheil unter allen Umständen führen werde. Will Deutschland den Frieden, so wird es solcher Voraussetzung der Entente gerecht zu werden haben.

Frieden und Brot.

Zwei Mahnungen sind, wie der Vormärts schreibt, in 2 Nachrichten enthalten, einmal in der, daß der englische Admiral Beatty Verhandlungen mit den Delegierten der A- und S-Räte ablehnte, weil diese nicht Vertreter einer anerkannten Regierung seien, und dann in der, daß die von der Vereinigten Staaten für Deutschland in Aussicht gestellten Lebensmittelmengen zunächst in Rotterdam und Kopenhagen zurückgehalten werden sollen, da die amerikanische Regierung absorben will, ob in Deutschland die von ihr als notwendig angesehene Gewähr für eine freibleibliche Versorgung und ordnungsmäßige Verteilung erfüllt wird. Nachdem die deutsche Regierung erklärt hat, sie stütze sich auf das Vertrauen einer Bolschewisten, die noch allgemach, gleichem Maßstabe gemäß, hat Wilson seinerzeit auf Wunsch Deutschlands die Friedensvermittlung übernommen. Die deutsche Revolution hat eine Lücke geschaffen, und daß sie durch die Bildung der A- und S-Räte ausgefüllt sei, will man auf der anderen Seite nicht anerkennen. Solange eine ordentlich gewählte Volksvertretung nicht vorhanden sei, gebe es weder Frieden noch Brot. Man muß darauf gefaßt sein, daß dies von dort erklärt wird. Den Anschein erwecken, als entwickelten wir uns nur unter äußerem Zwange, dürfen wir nicht. Diese Voraussetzung wird vom sozialdemokratischen Programm gefordert. Die Reichsleitung hat erklärt, daß alle Zahlen nach allgemeinem Wahlrecht vorzunehmen seien, auch die in Vorbereitung befindlichen Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes ist offensichtlich damit einverstanden. Das deutsche Volk will in seiner großen Mehrheit Frieden und Brot. Sie wird sich daher aus eigenem Willen die republikanische freibleibliche Versorgung geben, die sie braucht, um zu jenen Gütern zu gelangen. Welche sie nicht, so müßte sie. Aber sie will. Sie wird auch die allgemeinen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung des Volkes nicht lässig hinauszögern wollen, weil sie weiß, daß dadurch das Friedenswerk gefährdet wird.

Noch keine Milberung der Bedingungen.

Alle zur Zeit in der Presse auftretenden Nachrichten über erreichte oder uns zugelegte Milberungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen, daß trotz aller Borschellungen und aller bereits selbst getriebenen Unentschiedenheiten in der praktischen Durchführung der uns anerkennenden schweren Bedingungen des Waffenstillstandes von unseren Gegnern nicht das geringste Entweichen betätigt worden ist. Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Die bedrohliche Auslieferung der Transportmittel.

Den gemeinschaftlichen Regierungen ist durch Vermittlung der schweizerischen und holländischen Regierung folgende Note übermittelt worden: Die deutschen Penonimlichkeiten bei der Waffenstillstandskommission in Spa übergeben am 18. 11. folgende Note an die gemeinschaftlichen Vertreter: Im Auftrag der deutschen Regierung habe ich auf folgendes nachdrücklich hinzuweisen: Bei Aufgabe der jetzt befristeten Strecken werden die dort eingesetzten Lokomotiven übergeben. In ihnen handelt es sich über um rund 3600 Lokomotiven. Die Auslieferung der abgelassen etwa 2000 Lokomotiven würde den Zusammenbruch des deutschen Eisen-

bahnbetriebes und damit ein schweres Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten. Dungenereolen mit ihren unanstellbaren Folgen wären zu erwarten. Außerdem würden infolge Abnahme des Eisenbahnverkehrs die Durchführung gewisser Waffenstillstandsbedingungen (z. B. Gefangenentransport) unmöglich sein. An Eisenbahnwagen werden etwa 100 000 im besetzten Gebiet zurückgelassen werden. Die Zuführung des Restes der Wagen aus Deutschland läßt sich bei der gegenwärtigen Lage auf Schwierigkeiten, deren Hebung nicht abzusehen ist. — Hierzu erwählte Marschall Foch durch folgenden Fundbruch: Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention stellt eine Frist von 31 Tagen für die Ablieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen fest. Diese Frist kann nicht geändert werden. Wir stellen anheim, um Lieferungsanfragen vorzuschlagen, und die obliche Lieferung in der selbsteigenen Frist zu erledigen. Die deutsche Regierung macht erneut auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam, die bei strikter Durchführung der Bestimmungen des Art. 7 der Waffenstillstandskonvention drohen und bittet dringend, eine Milberung dieser Bestimmungen herbeizuführen. (gez.) Golt, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Clemenceau Vorsitzender der Friedenskonferenz.

Das Amsterdamer Allgemeine Handelsblatt meldet aus Paris, man erwarte, daß Clemenceau zum dauernden Vorsitzenden des Friedenskonferenzen gewählt und Wilson erst nach bestimmten Sitzungen, vermutlich vor allem die Eröffnungsitzung zu sein.

Die Phantasiezeichnung des „Matin“.

Die Pariser Zeitungen Oeuvre und Populaire lehnen die übertriebenen Forderungen des Matin ab und erklären ironisch, genau genommen müßte Deutschland nicht nur 340 Milliarden an Frankreich, sondern noch 2000 Milliarden an dem gesamten Staatenkomplex der Entente bezahlen. Kein vernünftiger Mensch könne damit rechnen, die Forderung sei direkt in das Reich des Bishophatigen oder des Gewissenslosen zu verweisen.

Das Deutsche Volksblatt in Wien erkennt den Einfluß der Entente an, nur mit laudalen Regierungen der Mittelmächte Frieden zu schließen, erklärt es aber als unannehmlich, daß die Entente unter Willigung von Wilson Waffenstillstandsbedingungen diktiert, welche die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen beinahe unmöglich machen. Dies gelte besonders hinsichtlich der Verkehrs- und Ernährungsfrage. Der deutschen Bevölkerung müsse sich immer mehr die Überzeugung aufdrängen, daß die Waffenstillstandsbedingungen in der bestimmten Absicht diktiert wurden, das deutsche Volk zu vernichten. Je mehr sich über diese Überzeugung festsetze, desto drohender werde die Gefahr einer neuen bolschewistischen Welle für die deutschen Lande, die aber dann nicht noch einmal an den Linien der Entente Halt machen werde.

Wilson's Europafahrt.

Nach einer Neutermeldung aus London wird jetzt Wilson den Präsidenten auf seiner Reise nach Europa begleitet. Man glaubt, daß Wilson mit seiner Gemahlin außer Paris noch London besuchen wird, vielleicht auch Brüssel und Rom. Da der Präsident Anfang nächsten Monats abreist, wird er vermutlich mehrere Wochen vor Beginn der Friedenskonferenz in Paris ankommen. Man glaubt, daß er die Wästel hat, an der Konferenz in Versailles, die den Zusammenkünften der Friedensunterhändler vorangehen wird, teilzunehmen. Er wird auch den ersten Sitzungen der eigentlichen Friedenskonferenz beiwohnen, worin die Prinzipien des Friedensvertrages in großen Zügen festgesetzt werden sollen. Bei den späteren Besprechungen der Einzelheiten des endgültigen Friedensvertrages wird er nicht mehr anwesend sein. Wahrscheinlich wird Wilson zu seiner Fahrt nach Europa amerikanische Schiffschiffe benutzen. Zuerst den bereits gemeldeten amerikanischen Delegierten werden nach Louis de Brandes, General Bliss und Admiral Sims genannt.

Die Verhandlungen der Marine.

Admiral Beatty hat bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Vercor als den alleinigen der englischen Regierung anerkannten Bevollmächtigten der Marine das Sprechende. Ihm umgeben die Liste sämtlicher bis 25. 11. fahrbereiter U-Boote und der zu desarmierenden U-Boote zu übermitteln.

London, 21. Nov. Kontreadmiral Jermoloff übernahm heute nach Tagesanbruch 30 Meilen von Harwich von seinem Flaggschiff aus die ersten 20 U-Boote, die ausgeliefert wurden. Die Boote gehen mit ihren eigenen Besatzungen noch Harwich.

Der englische drahtlose Dienst meldet, daß die deutschen Kriegsschiffe wahrscheinlich in dem Hafen von Scapaflow auf den Orkney-Inseln interniert werden.

Ein feindliches Friedensangebot niemals erfolgt.

In den Berliner Kolonnen werden Gerüchte verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Demgegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals anlässlich erklärt worden ist, daß immer der Feinde Deutschlands im Weltkrieg niemals ein Friedensangebot gemacht hat.

Reich befristet.

Am Dienstag sind die französischen Truppen in Reich eingedrückt und zwar die 1. und 10. Armee mit Marschall Petain an der Spitze. Im Vorabend hatte ein Bortrupp bereits von der Stadt Besitz genommen. Alle Gloden künften. Die Artillerie donnerte unablässig. 600 französische Flugzeuge überflogen die Stadt. Marschall Petain, von seinem Stabe umgeben, hielt auf der Esplanade vor der Statue des Marschalls Ney eine Ansprache und nahm dort das Defilee der einzelnen Heeresabteilungen ab, welche von General Mangin, dem Oberbefehlshaber der 10. Armee, vorgeführt wurden.

Nach einer Meldung aus Karlsruhe hofft der Verkehr über den badischen Rhein nach beiden Richtungen vollständig. Es fahren keine deutschen Züge mehr von den Stationen Breisach, Mühlhausen und Dersoldshöhe über den Rhein. Von Dienstag morgen 5 Uhr ab wird der übrige gesamte Zugsverkehr zwischen dem Elzab einwärts und der Basel-Schweiz anderswärts vollständig eingestellt.

Der Kärntner unserer Truppen.

Die Front, Stg. meldet aus Luremburg: Noch immer positionieren große deutsche Truppenmassen auf dem Rückzuge Luremburg. Die Ordnung und Organisation ist an Stelle des ansonstigen Durcheinanders wieder hergestellt. Die Presse stellt fest, daß die Soldaten einen guten Eindruck machen. Donnerstag sollen die Ententetruppen die luremburgische Grenze besetzen. Am 24. 11. treffen sie in der Stadt Luremburg ein. Der Süden des Landes wird von Amerikanern, der Norden von Franzosen besetzt. In Songwan kamen bereits amerikanische Botschaften an.

Kochen, 21. Nov. Die Stadt Kochen zeigt ein buntes lebtes Bild. Auf den einzelnen Plätzen (Markt, Hauptbahnhof usw.) haben sich einzelne Heerlager gebildet. Truppen aller Gattungen mit Gepäck und Waren lagern hier. Es ist ein ewiges Kommen und Gehen. Die Soldaten sind guter Dinge und werden gut aufgenommen. Viele Frauen sind guter Manne, die den Soldaten Kaffee anbieten, wofür diese bei der Kasse sehr dankbar sind.

Nachdem schon Massen von Kavallerie- und Bersaglieren in den letzten Tagen Köln zu Fuß und auf der Eisenbahn postiert hatten, trafen gestern vormittag die Soldaten der 6. und 17. Armee mit flingendem Gepäck an Fuß auf dem Wege nach Wien hier ein. Die durchziehenden Truppen werden von der Bevölkerung mit Kaffee gestärkt und mit Zigaren und Zigaretten beschenkt. Kavallerieolonnen eröffnen den Zug der Fronttruppen, denen lange Rüge Sturmtruppen folgten. Die Truppen zeigen gute Haltung und beste Ordnung. Trotzdem herrscht in der Stadt, besonders vor der Rheinbrücke, lebenseigentliches Gemüth. Der Verkehr stellt teilweise gänzlich. Die Straßenbahnlinien müssen voraussichtlich den Betrieb in den nächsten Tagen einstellen. Die Stadt trägt in allen Straßen roten Flaggen- und Wundensymbole.

Friedlich empfangen!

Berlin, 21. Nov. Der Reichsleitung ging aus Wilhelmshöhe, dem augenblicklichen Sitz der Obersten Heeresleitung, folgendes Telegramm vom 18. 11. zu: Das Heer würde es dankbar begrüßen, wenn es beim Einrücken in das westliche Grenzgebiet und später beim Einrücken in die Grenzlinien friedlich empfangen würde.

Im Inlandseisenbahn Gebiet ist in weiten Kreisen die Bekämpfung verbreitet, daß die feindlichen Heeresleistungen die im wesentlichen Alter stehende männliche Bevölkerung entweder als Kriegsgefangene abzuführen lassen werden nach Belgien und nach Nordfrankreich abführen lassen werden. Die Bekämpfung entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage, denn Absatz 6 des Waffenstillstandsbeschlusses bestimmt: In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unter Aufrechterhaltung und Einwohnern darf kein Schaden oder Schaden zugefügt werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Die Militärverbände links des Rheins.

Bezüglich der deutschen Militärverbände links des Rheins, namentlich soweit Lebensmittel in Frage kommen, ist folgendes bestimmt worden: Die Lebensmittel stehen in erster Linie den durcharmstehenden Truppen zur Verfügung. Jeder Soldat erhält an Lebensmittel, soviel er tragen kann, d. h. ohne Verpflegung für mehrere Tage. Im Ubrigen soll der Abrtransport sämtlicher Militärverbände unter Aufbietung aller Kräfte bis zum Abkündungstermin sofort inwändig durchgeführt werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Amsterdam, 21. Nov. Die deutschen Verwaltungsbehörden von Brüssel und Antwerpen sind über Diermen nach Deutschland zurückgeführt.

Marschalls Ankunft in Berlin.

Ans Berlin wird gemeldet: Nachdem Generalfeldmarschall von Raden mit seinem Stabe bereits am Abend hier eingetroffen war, sind, wie die Postzeitung erzählt, nunmehr 2 weitere Rüge mit dem gesamten Stab nach Berlin eingetroffen. Sie haben die sonst in Rumänien wie in Ungarn geforderte Entlohnung abgeholt und ihre Waffen erst auf demselben Boden abgeliefert. Unterwegs hatten sie öfter Kämpfe mit Rumänen, Ungarn und Tschecho-Slowaken zu bestehen, bei denen sie jedoch nur einige Verwundete zu verzeichnen hatten.

Für und gegen die Nationalversammlung.

In der Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins empfahl das Mitglied des Vollzugsrates Richard Müller, wie der Vorwärts meldet, eine Resolution, in der es u. a. heißt: In der revolutionären Organisation der A- und S-Räte hat sich die neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muß gestärkt und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen. Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell wie möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der A- und S-Räte Deutschlands. Diese hat einen Zentralrat der A- und S-Räte Deutschlands zu wählen, der eine neue, den Grundgedanken der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Letztere ist einer von ihm einzuberufenden konstituierenden Generalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Weiter führte Redner aus, die Kompetenzinstanz, welche der Vollzugsrat mit der gegenwärtigen Regierung hatte, seien erledigt. Der Vollzugsrat hat das Recht, die Regierungen des Reiches und Preussens zu ernennen, und wenn sie nicht in seinem Sinne arbeiten, daß er das Recht, sie davon zu jagen. Doch hoffen wir, daß diese Notwendigkeit nicht eintreten wird. In der Debatte über die Hauptfrage, konstituierende Nationalversammlung oder Einberufung eines Zentralarbeiterrates, betonte Hermann Müller, wie schon darin zeigt, daß wir die sozialistische Republik wollen, die im Rahmen der Demokratie durchgeführt werde. Hugo Haase erklärte es für unmöglich, daß die Errungenschaften der Revolution wieder verloren gehen könnten, denn das Proletariat habe in Deutschland die Mehrheit. Das Proletariat habe die Aufgabe, jede Regierung, auch eine sozialistische, vorwärts zu treiben. Der Schrei bürgerlicher Kreise nach der Konstituante dürfe uns nicht beirren, so schnell könne sie nicht einberufen werden. Die Sozialisierung großer Betriebe sei notwendig. Georg Ledebour sprach dafür, daß das Proletariat die Macht, die es jetzt habe, ohne Rücksicht anzuwenden, um die sozialistische Republik zu sichern. Unter der Herrschaft des Kapitalismus gebe es keine Demokratie. Wehrmacht trat ebenfalls dafür ein, daß alles getan werde, um die Wiederehrlich der Herrschaft des Kapitalismus zu verhindern. Nach Schluß der Debatte erklärte Ebert, er sei stets für Einheit gewesen. Im Großen und Ganzen könne er heute zustimmen. Die Resolution des Referenten sowie mehrere andere Resolutionen und Anträge wurden dem Vollzugsrat überwiegen.

Staatssekretär Dr. Dreyß äußerte zu einem Vertreter der Politischen Parlamentarischen Nachrichten über die Nationalversammlung u. a.: Ich hoffe von ganzer Seele, daß die Nationalversammlung jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau fest und innig an das Vaterland binden wird. Die nationale Einigkeit Deutschlands unverwundlich festzuhalten und in freien und leichten Formen auszugesprochen, das ist zur Zeit das wichtigste Anliegen. Für uns kann es keinen

Furchtbaren Gedanken geben als die Gefahr, daß in dem Augenblick, wo sich draußen die feindliche Welt auf Grund des Nationalitätsprinzips neu geordnet, der Zusammenhalt des deutschen Nationalstaates bedroht sein könnte. Damit würde das deutsche Volk wiederum zum Schicksalsbündel unter den Völkern werden. Die Nationalversammlung muß beweisen, daß der Volkswort der deutsche Nationalstaat ist, sonst sind die politischen, wirtschaftlichen, materiellen und idealen Interessen eines jeden Deutschen schwer bedroht.

II. Der Berliner Volksanzeiger berichtet: Die Kompetenzstreitigkeiten, die zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Volkswort des A. und S. Rates bestanden haben, scheinen nunmehr durch ein Übereinkommen ihre Regelung erfahren zu sollen. In politischen Kreisen begegnet man bezüglich der Ansicht auf eine baldige Lösung einem gewissen Optimismus. Nebenfalls hören wir, daß man sich auf gewisse Richtlinien für die beiderseitigen Aufgaben und Befugnisse geeinigt hat, daß ein Ausschuss eingesetzt wird, der die verschiedenen Aufgabenkreise abgrenzen soll. Die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung ist immer noch nicht endgültig gelöst. Jedoch scheint es, daß man sich im Volkswortauschuss vorbereiten, in dieser Frage Entschlüsse zu treffen.

III. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erklärt sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung. Die neue demokratische Partei.

Die fortschrittliche Volkspartei und ein erheblicher Teil der Nationalliberalen haben sich mit den Unterzeichnern des demokratischen Auftrages vom 16. 11. auf der Grundlage des Auftrages vereinigt. Die große demokratische Partei ist damit ins Leben getreten. Sie führt den Namen deutsche demokratische Partei. Der Sitz des in Bildung begriffenen vorläufigen geschäftsführenden Vorstandes wird alsbald bekannt gegeben werden. Sobald es die Verhältnisse gestatten werden, soll ein auf dreierlei demokratische Grundzüge gewählter Delegiertenrat die Verfassung und die geschäftsführende Leitung der Partei unter Berücksichtigung aller deutschen Landesteile endgültig festlegen.

Eine Erklärung des Reichstagspräsidenten.
Reichstagspräsident Fischerbach, der nach Berlin zurückgekehrt ist, hat nach Besprechung mit Parteiführern und dem Mitglied der Regierung, Oberst der Reichsleitung eine Erklärung abgegeben, die besagt: Am 14. November 1918 habe ich telegraphisch angefragt, ob gegen eine auf die nächste Woche vorgesehene Einberufung des Reichstages Einspruch erhoben oder dagegen Maßnahmen getroffen werden sollen. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach Befragung des deutschen Reichstages und des Bundesrats als geschehendes Körperstück auch der Reichstag nicht mehr zusammenzutreten könne. Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt, noch in ihrer Begründung als zureichend anzuerkennen. Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich aber, zurzeit von der Einberufung des Reichstages abzusehen. Ich behalte mir diese jedoch ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstages als ermunternd, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen. Gebrüder, Präsident des Deutschen Reichstages.

Wannette.
Die Reichsregierung hat sich in ihrer letzten Sitzung um einer Reihe praktischer Fragen beschäftigt, die das politische Ergebnis der Revolution weiter entwickeln und sichern sollen. Auf wirtschaftlichem wie auf allgemeinem politischem Gebiet beruht die politische Wohlfahrt vor. Zunächst wird eine vollständige Übereinstimmung mit den Restorationskräften der preussischen und der Reichsjustiz eine neue großartige Wannette für Verbrechen und Vergehen von Sozialpersonen und Soldaten den Sieg der Freiheit dokumentieren. Es soll sich nicht nur um einen Strafverstoß für kleinere Vergehen handeln, sondern es sollen auch im Sinne moderner sozialistischer Gerechtigkeit und Ergänzungsauflösung diejenigen, die sich schwer gegen ihre Mitmenschen verhalten haben, die Möglichkeit gegeben werden, von weiterer Strafe frei zu bleiben, wenn sie fortan das soziale Zusammenleben nicht durch neue Verbrechen gefährden. Damit wird selbst den schweren Verbrechen, die in den Revolutionsstagen die Freiheit bedrohten, die Möglichkeit weiterer Freiheit gelassen. Sie sollen erst dann wieder zur Strafe herangezogen werden, wenn sie sich in einem bestimmten Zeitraum erneut gegen die notwendigen Sicherungen sozialer Gemeinshaft vergehen.

Westdeutschland.

Man schreibt uns: Nach den schweren Waffenstillstandsbedingungen, welche die Gegner dem Deutschen Reich auferlegen konnten, erleidet Westdeutschland jetzt und in der nächsten Zeit ein schweres Schicksal. Es ist bis jetzt immer so dargestellt worden, als ob die Räumung des linken Rheinufers und die Überlassung der Beckenplätze Mainz, Koblenz und Köln nicht das Recht für den Gegner in sich fänden, von dem ganzen geräumten Gebiet Besitz zu ergreifen. So bedauerlich es uns ist, das Gegenteil feststellen zu müssen. So notwendig erscheint uns diese Klärung im Interesse des ganzen Volkes. Marschall Foch hat bei den Waffenstillstandsbedingungen im französischen Hauptquartier, wie unser Berliner Vertreter aus zuverlässiger Quelle erzählt, sich ausdrücklich vorbehalten, alle Eisenbahnnotenpunkte und alle militärisch wichtigen Punkte zu besetzen. Es handelt sich nicht nach Bedingungen von deutscher Seite, sondern nach den Angaben des französischen Oberkommandierenden selbst um 50 Divisionen feindlicher Truppen, welche nach Westdeutschland geschickt werden, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens. Im Waffenstillstandsvertrag ist aber bereits vorgesehen, daß sowohl die nach Elsaß-Lothringen geschickten feindlichen Truppen, wie die Westdeutschland besetzenden Armeen — es wird hier also um eine Million Menschen handeln — von Deutschland ernährt werden müssen. Was diese Bedingung bei der nächsten Ernte des Jahres 1918, beim Fortbewegen der Ernte, beim Durchqueren auf den Eisenbahnen in Folge Mangel an Getreide und Viehfutter bedeutet, ver-

steht jeder vernünftige Mensch. Westdeutschland gebietet oben in seiner Gesamtheit zum deutschen Volkswort. So wenig, als man das Wohlstand der Auvergne aus Frankreich herausnehmen kann, so wenig kann man Westdeutschland aus dem Deutschen Reich ausschließen. Ganz abgesehen von der vollkommenen politischen Übereinstimmung zwischen Elsaß-Lothringen und Rechts-Rheinländern hängt wirtschaftlich Westdeutschland mit tausend Fäden nur mit dem großen Reich rechts des Rheines zusammen. Kein einziger bedeutungsvoller Faden führt über die deutsche Sprachgrenze nach Westen. Diese Tatsache muß man im Rheinland sich immer wieder vergegenwärtigen. Es liegt obenan nicht so, als ob jede französische oder belgische Propaganda nach der Befreiung ausgeschlossen werde. Wir haben hierfür ein klassisches Beispiel, das zur größten Aufmerksamkeit mahnt. Die französische Regierung hat bekanntlich für Elsaß-Lothringen Regierungskommissare ernannt. Diese Männer stellen also in die jähle Verwaltung der Reichslande eintreten. Natürlich wird die Verwaltung von diesen Herren, wie man sich an den Fingern abzählen kann, zum mindesten nicht in deutschem Sinne ausgeübt. Was bezüglich Elsaß-Lothringens erwirkte Tatsache ist, kann noch unserem Empfinden für die Pfalz und das Rheinland Möglichkeit werden.

Es empfiehlt sich daher ein doppeltes Verfahren. Die Bevölkerung in Westdeutschland muß so schnell als möglich klipp und klar erklären, daß sie unbedingt an Deutschen Reiches Verbleiben wird. Damit greift sie feindlicher Propaganda schon von Anfang an ein Grab. Ferner muß gegen den erwarteten Fall ökonomischer Bedrohungen, wie es Frankreich in Elsaß-Lothringen plant, von Seiten der Bevölkerung und der Regierung aus lebhafte Proteste ausgesprochen werden. Ein Mittel besteht auch noch. Schwören Herzogen spricht man davon. Auch die Staaten unserer Gegner vor heute haben davon ein Interesse, daß ihre Truppen vollständig und in kurzer Zeit wieder in den öffentlichen Betrieben, in den Fabriken oder in den Werkstätten erscheinen. Sie können deshalb es nur begründen, wenn die Befreiung Westdeutschlands, welche sie nun einmal vornehmen müssen, in nicht allzu ferne Zeit zu Ende geht. Das liegt im Interesse unserer Feinde. Die deutsche Regierung kann dem wohlwollenden beiderseitigen Interesse am besten dadurch dienen, daß sie den Abschluß des Preliminartriedens möglichst rasch tätigt. Unsere Feinde werden dann kein großes Interesse mehr an der Befreiung haben. Sie haben das dann besonders nicht, wenn wir ihre Entschädigungsansprüche in kurzer Zeit erledigen können. Aus diesem Grunde wäre es sehr gut, wenn die gegenwärtige Regierung auch unter Zustimmung des Reichstages sich einen Friedensvertrag mit einigen Milliarden verbieten läßt. Vielleicht kann dadurch das westdeutsche Problem, das wir heute haben, das jeden Deutschen mit ernster Sorge erfüllt, in andere Bahnen gelenkt werden. Vielleicht löst sich ein anderer Sieg finden, um finanzielle Ansprüche der Gegner zu befriedigen.

Das neue polnische Ministerium.
III. Warschau, 21. Nov. Das neue polnische Kabinett, das von Pilsudski einberufen worden ist, besteht vor allem aus Mitgliedern der polnischen sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes. Ministerpräsident ist der ehemalige Kriegsminister des österreichischen Reichstages, Führer der sozialistischen Partei in Galizien, sowie Leiter mehrerer Gewerkschaften, Andrzej Barcewski. Das Kabinettministerium übernimmt als Oberbefehlshaber Jozef Pilsudski selbst. Mitglieder des Innenworts Stanislaw Skobla, ein bekannter Sozialist. Einige Justizminister sind mit Bürgerlichen besetzt.

Ein Hilfsmittel aus dem Balkanlande.
III. Die baltische Landesvertretung richtete an die deutsche Regierung folgendes Telegramm: Die plötzliche Zurückziehung der deutschen Truppen aus den baltischen Ländern, in Sonderheit aus Estland und Dösel, bringt das schicksalvolle Land in die größte Gefahr und setzt es schwerer Bedrohung von Osten her aus. Im Interesse der Menschlichkeit bitten wir um Befreiung der deutschen Wehrmacht in allen Gebieten des Baltischen Landes, bis anverweilte Hilfe in sicherer Aussicht steht. Baltische Landesvertretung.

Riew in den Händen der Bolschewisten.
II. Das ukrainische Pressebureau teilt mit: Nach harten Kämpfen mußte Riew geräumt werden, weil von Norden harte bolschewistische Kräfte einmarschierten und von Süden aus der Ukraine angehende monarchistische Truppen unter Führung des Fürsten Rountouff kamen. Die Regierung in Riew wurde gestürzt und durch eine moskowitzische ersetzt. Die Nationalversammlung löste sich nach Wia, wo sie ein Direktorium ernannte.

Furchtbares Explosionsunglück in Belgien.

III. Der Amsterdamer Telegraf meldet aus Homert in Belgien, daß dort ein Waggon eines Munitionszuges in Brand geriet und daß bei dem darauf folgenden Explosions 800 Menschen ums Leben kamen. — Weiter wird noch über die Explosion gemeldet: Die Explosion ereignete sich ungefähr um 10 Uhr auf dem Bahnhof, wo ein deutscher Munitionszug stand. Dabei flog ein Waggon mit Granaten in die Luft, deren Splitter auf die Umgebung niederfielen. Die Umgebung des Bahnhofs war ein einziges Trümmermeer. Auf dem Bahnhof fanden sich 3 Lokomotiven mit deutschen Besatzungen, die auf den Transport nach Holland warteten. Diese Züge gerieten in Brand. Die Besatzungen flüchteten, soweit sie dazu im Stande waren, über 18 Schwererwundete kamen in den Flammen um. Ein Lokomotiv konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, nachdem die brennenden Wagen mit großer Behutsamkeit abgepöckelt waren. Es steht fest auf dem Bahnhof Döbel. Inzwischen ist man des Brandes Herr geworden. Der Ansicht der Besatzungen, die über die Grenze kommen, ist unbefriedigt. Während der Katastrophe mochte sich niemand in die Nähe der Stadt. Die Zahl der Toten ist noch nicht genau festzulegen, sie muß sehr groß sein. Ja, man hat mehrere Häuser eingestürzt, wobei die Einwohner unter den Trümmern begraben wurden. Über die Ursache des Unglücks läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen.

III. Nach den letzten Berichten ist das Unglück in Homert entsetzlich. Die Zahl der Getöteten, weiß Deutsche, wird auf über 1000 geschätzt.

III. Von den Lokomotiven, die von der Explosion betroffen wurden, sind zwei durch Holland nach Br. Gladbach gebracht worden. Die Züge befinden sich in einem unbefriedigenden Zustand; keine Lokomotiven sind einsetzbar, im Innern herrscht völliger Stillstand. Die betroffenen Soldaten erzählen, daß ein dritter Lokomotiv vollständig zertrümmert sei, während von einem vierten Zug nur ein Waggon heil davonkam. Die Anzahl der Getöteten wird

über auf insgesamt über 200 geschätzt. Die Verletzungen sind über, ob die Belegte mit Handgranaten oder Aufhängengetreide erschossen, gehen auseinander. Es ist jedoch bestimmt, daß ein Munitionszug in die Luft flog und dadurch die vier in der Lokomotivkabine stehende Lokomotivführer so schwer betroffen wurden.

Aus Westdeutschland.

Köln, 21. Nov. Die aus dem Westen kommenden Transporten werden von den Soldaten herab besichtigt und besetzt, daß bei der Fortdauer dieses Zustandes schwere Unglücksfälle unermittlich sind. Die Soldaten legen sich auf den Bahnhöfen, besetzen die Zenden und Lokomotiven und hindern so die Tätigkeit des Zugsverkehrs. Bei Köln wurden eine Anzahl Soldaten von den Wagenführern abgestreift. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Düsseldorf, 21. Nov. Hier hat sich unter dem Vorsitz Professor Dr. Schömann ein Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung gesetzt. — Auf der Poststation in der Bleichstraße unterirdisch eine Postauslieferung 100 000 Mark in bar. Dösel, 21. Nov. 6 Todesopfer hat das Attentat von Soldaten auf den Wagenführern der Wittich, und Müllers, das man jetzt tagtäglich beobachten kann, auch hier gefordert.

Hannover, 21. Nov. Durch das Gerücht des Arbeiter- und Soldatenrates Hannover sind landesweitlich zum Tode verurteilt und am 16. bzw. 16. Nov. erschossen: der Gefangene Jasper wegen Raubens und Plünderens und Bischofswebel Oskar Bümann aus Bremen wegen unbedeutender Erschießens dreier Personen.

Hannover, 21. Nov. Der deutsche Handwerks- und Gewerbelamierlog hatte vor Jahresfrist beschlossen, Generalkriegsmarschall von Hindenburg zum Ehrenmeister des deutschen Handwerks zu ernennen. Die Urkunde wird in diesen Tagen der Gattin des Feldmarschalls überreicht werden.

Aus aller Welt.

Die Entlassungen aus dem Herrensitz.
III. Berlin, 21. Nov. (Zwölf) Alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Reichsarmeenbundes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge, mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 97, 98 und 99, sind bis zum 20. November d. J. aus dem Herrensitz beurlaubt zu entlassen. Sie werden sich bei der nächsten militärischen Dienststelle eines Entlassungsscheins. Die geschuldenen Versorgungs- u. Entlassungsansprüche dieser beurlaubten an ihrem Urlaubsort zu erfüllen werden (später durch die Bezirkskommandos und Wehrämter geregelt). Urlaub, der sich vor dem 20. 11. bei ihren Erfahrungsstellen melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entgegen. Urlaub der Jahrgänge 96, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Erfahrungsstelle, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können. Der Kriegsminister Scheuch, Unterstaatssekretär Geckler.

Die Erhöhung der Soldatenlöhne.
III. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Erlass über die Erhöhung der Soldatenlöhne werden vom Kriegsministerium noch gegeben werden.

Die Beerdigung der Revolutionen.
Berlin, 21. Nov. Gestern mittags fand hier die Beerdigung der 9 bei der Revolution Gefallenen statt. Hunderttausende folgten dem Zug; eine Menge von Kranzweiden wurden von den verschiedenen Trägern getragen. Man sah im Zuge Soldaten aller Waffengattungen, Rotkroten, französische und russische Kränze, und Angehörige der großen Berliner Werke. Über die Anzahl der Revolutionen gehen die Meinungen der Bevölkerung weit auseinander. Amlich scheinen bis jetzt nur 15 Todesfälle festzustellen zu sein, einschließlich der Soldaten. Das Gerücht, es seien über 60, ist falsch.

Deutschlands Verluste.
II. Eine Berliner Korrespondenz gibt auf Grund zuverlässiger Unterlagen die Gesamtverluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau an. Deutschland hat 1 680 000 Tote zu beklagen. Als vermisst werden 200 000 Mann gemeldet, wovon ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindesband befindlichen deutschen Kriegsgesangenen beträgt 400 000. Verwundet worden sind 4 Millionen Soldaten, wobei über eine wiederholte Zählung vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet worden ist.

Über 3 Millionen britische Verluste.
II. Im Unterhaus teilte Unterstaatssekretär Mansperton mit, daß die Verluste der britischen Truppen mit Einschluß der indischen Streitkräfte unter Auszug der Luftkräfte bis zum 10. November 1918 an Toten, Verwundeten, Vermissten und Gefangenen 3 042 991 Mann betragen hätten.

Der neue Oberbürgermeister von Vosen.
III. Vosen, 21. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung gab der neue Oberbürgermeister von Vosen eine Erklärung ab, worin er u. a. ausführte: Ich habe das Amt unter den schwierigsten Verhältnissen übernommen. Ich weißte aber keinen Augenblick, daß es um gelingen wird. Die Klüfte nationalen Gegenfases zu überbrücken. Die Verbindung zwischen Berlin und Vosen ist nicht mehr so, wie sie vor der letzten Zeit war. Änderungen von Berlin aus konnten nicht mit der nötigen Schnelligkeit getroffen werden. Es mußte daher eine Zwischenstation zwischen Berlin und Vosen geschaffen werden. Diese Station ist das Provinzial-Erdrungsamt. Zunächst müssen wir an unsere Provinz denken, denn, wenn irgendwo Unruhen entstehen, dann ist überhaupt die Ausfuhr gefährdet. Es wird von manchen Stellen eine Agitation getrieben. Man spricht z. B. von der Einrichtung eines Heimatschutzes. Wenn sie wirklich ausgeführt werden sollte, dann bestünde die Gefahr für unsere Provinz, denn dann wird die Ausfuhr ein einfach ganz unmöglich gemacht. Ich gehe es ganz offen, dann müssen wir eben als Provinz-Erdrungsamt unsere Arbeit einstellen, denn dann sind wir machtlos. Unsere Bevölkerung würde eine derartige Verarmung gar nicht bezeichnen, würde in der Herfindung der Truppen aus dem Vosen nach dem Osten eine Verarmung erkranken.

Sorgen des amerikanischen Kapitalismus.
III. Dem „New York Herald Tribune“ zufolge meldet „Daily Telegraph“ aus New York: Die Erklärung von Comers, daß die amerikanischen Arbeiter nichts unterlassen werden, um die jetzigen hohen Löhne und kurzen Arbeitszeiten beizubehalten, hat das amerikanische Kapital beunruhigt. Die verschiedenen Geschäftskreise werden sich den Bestimmungen, die jetzigen Löhne und Arbeitszeiten beizubehalten, ernstlich widersetzen.

Aus Stadt und Land.

Entlassung linksrheinischer Militärpersonen.
Es ist angeordnet worden, daß Soldaten aus dem linksrheinischen Raumungsgebiet sofort entlassen werden, soweit sie nicht den Jahrgängen 1898 und 1899 angehören.

Ordnung im Heer. Der Arbeiter- und Soldatenrat gibt bekannt: Alle Soldaten und Mannschaften u. alle Offiziere, welche sich unerlaubt von ihrem Truppenteil entfernen, haben nicht nur strengste Bestrafung zu gewärtigen, sondern haben auch seinen Anspruch auf Lebensmittelfreie, Bekleidung u. Quartier. Sie geben jedes Anspruchs auf Rente, Entlassungsgebühr von 30 Mark Nachschuß, Anzug verlustig. Wer nicht ordnungsgemäß entlassen in das belegte Gebiet kommt, setzt sich der Gefahr der Internierung aus.

Lauterbach (Hessen). Was um das Wohl des Vaterlandes schwer besorgten Bürgern im Kreise Lauterbach ging heute sowohl an die Reichsregierung (Oberl. Haack, Edermann) wie an den Vorkriegsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin folgende Depesche ab: Das Mitteleuropa Deutschlands wächst abgrundtief, wenn die Sozialdemokratie in der Frage der Nationalversammlung verfaßt. Will die Spartakus-Gruppe schließlich alles aufs Spiel setzen, Deutschlands elendvolle Zerschmetterung befehlen? Ist es mit 1 1/2 Millionen Leichen noch nicht genug? Wehe uns, wehe unseren Kindern! Lieber freiwillig den Tod suchen, als die Höllenqualen eines Hungerkrieges, dem Verhungern preisgegeben, erleben.

Wainy. Ein internerter Franzose im Provinzial-arethaus ließ sich die Zähne nicht ausreden, daß vor dem Einzug der Franzosen in dem zu besetzenden Gebiet sämtliche internerter Franzosen ermordet würden. In einem unbedachten Augenblick stieß sich der Bergweilende ein Messer tief in die Brust. Der Belegte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und einer Operation unterzogen.

Sensheim. Der Beschlagnahme durch den Arbeiter- und Soldatenrat Sensheim verfielen 32 große Kisten mit Startartikeln, die sich eine hiesige deutsche Fabrik als „Umzugsamt“ hatte senden lassen.

Verantwortlich: Albin Klein, Giessen.

Brauchen Sie ein gutes Waschmittel?

Für Hände, Wäsche, Geräte-Reinigung.
Vom Kriegsausschuss genehmigt bezüglich Preis und Beschaffenheit.

So kaufen Sie das überalt erprobte

Magouza-Schmierwaschmittel

in Kübeln a 12 1/2, 25 und 50 Kilo.

Alleinige Fabrikanten

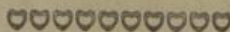
Kochgerand & Ampt, Dampfseifen-Fabrik, Mainz

Telefon 67.

Ingelheimer Rotwein

ganz vorzügliche Qualität liefert in jedem Quantum

P. C. Saalwächter
Weingutsbesitzer
Nieder-Ingelheim a. R.



Der beste Ersatz für

Kautabak

sind meine **Kauröllchen**
1000 Rollen 350 Mk., Probepost-kollé 100 Rollen 40 Mark.

Kausaugen

Im Geschmack vorzüglich.
1000 Stangen 350 Mk., Probepost-kollé 90 Mark Nachnahme.

Nur an Wiederverkäufer.

Hugo Schroeder, Stettin 60.

Wie das Donnerwetter wirkt

Rattapan

zur Vertilgung von Ratten u. Mäusen sowie Schwaben. Von der Regierung u. allen Behörden allgemein begutachtet. Pro Paket Mk. 3,-

für Schwaben Mk. 2,-

„ Wansen „ 2,75

zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Generalvertreter für Süd-

West-Deutschland

Gustav Bieh, Frankfurt a. M.

Unterlindan 47

Telefon: Taurus 835.

Zoeben erziehen!

Der Tabak

Genaue Anleitung über Anbau, Pflege, Reigen u. Verarbeitung zum eigenen Gebrauch. Den Freunden der Selbsthilfe zur Förderung der Tabakbau gebrüchmet.

Preis 1,25 Mark.

Verleger: Th. Langenbach, Schwabheim a. Wein.

Die Fürsorgevermittlungsstelle für erwerbstätige Frauen und Mädchen.

Westanlage 21
bietet Frauen und Mädchen unentgeltlich Auskunft und Beistand in häuslichen und persönlichen Angelegenheiten, sowie Beratung bei der Wahl der Beschäftigung.

Mutter- und Säuglingsheim. Kinderfürsorge.
Sprechstunden:

Montag und Donnerstag, abends von 5 bis 7 Uhr.

Hort mit jeder minderwertigen Schuhwerk!



Dr. Gontner's Deswashedlederputz

Nigrin

kein Tierprodukt, keine Wassercreme, stets gleichmäßige, reine Delmarie erhält das Leder dauerhaft, gibt Schönheit, auch bei Regen und Schnee haltbaren Hochglanz.

Verteiler, auch des beliebten Packettbodentuches „Roberin“: Carl Gontner, Wöppingen.

AEG-Nignon-Schreibmaschine

Leichte Erlernbarkeit! Grosse Dauerhaftigkeit!
Sofort lieferbar! Preis kompl. Mk. 250,-. Verlangen Sie Prospekt!
AEG-Schreibmaschinen G. m. b. H., Berlin W. 66/19
Mauerstrasse 83-84.

Altes Papier

für Nähstanzzwecke kauft, unter Garantie des Einstampfens, zu den höchsten Preisen

Lauterbach i. H. C. Th. Helfenbeim Telefon 28.
N.B. Sätze zum Füllen können geliefert werden.

Briefstiften

mit eingedruckten Namen
billig bei Albin Klein

1. Wie entferne ich den beidseitigen Tabakgeschmack? Auf gleiche Anlei-tung zum Reigen, 21.-30. Teilend.
2. Selbstheft u. Aquarelle, Aquarellen, Manikabäl, 17.-21. Teilend.

Pfeifentabak

Leichte Anleitungen, jede 90 Pf.

Beize für Tabak u. Ersatz

(ähnlich Barinogeschmack) leicht Mk. 1,00, mittel Mk. 2,50, stark Mk. 2,80. Jede Packung reicht für 5 Pfd. Tabak.
Alle Preise zuzügl. 20%.

G. Weller, Rösraih (Rhd.)

Waschpulver Luise

vom K. u. zu 08 Pf. Bestaus genehmigt per 100 % Pfd. Post. Mk. 58.- franko einfd. Kiste, vor-zügl. Waschkraft, sowie la Schab-Creme (Wachsware) pro 100 Dosen 85 % Mk. 82.- fro. bietet an

G. Lüttele, Frankfurt a. M., Heiligkreuzstraße 31.

Rusten, Atemnot

Verstärkung
Schreibe allen Leidenden eine umföndl. wunnt ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Heinrich Teide, Wackerleben Provinz Sachsen.
Mädmarie erkrankt.

Alle leistungsfähige Fabrik technischer Öle und Fette sucht tüchtigen und gut eingeführten Vertreter

Angebote unter 8854 an d. Exp. d. Bl.

Wie wird man von jahrelangen Rheumatis-mus befreit. Auskunft er-teilt gegen Retourmarke

Wilhelm Gansch, Siebrich a. Rh.

Charakterbeurteilung.

Die Handschrift des Menschen ist der Spiegel seines Charakters. Ränder bleibt von bitteren Erfahrungen verformt oder für Selbstheilung durch Einholung eines genauen Charakterbildes nach Einblendung von unbewussten Tugendstrichen, die zurückgehen Berechnung 3-6 Mk. Nachnahme

Julius Silly, Stockheim (Hessen).

Für Hühnerbesitzer! (Sehr. Schließel m. gelbrüdt. Saat f. 200 Mk. zu perf. Handarbeit, stark. Korbel, ca. 18 m breit, 1,30 m hoch. Freitag. Für See-, Fischen u. Flußfischer. K. Holz, Wolfgang bei Jannu a. R.

Dir. Anst.

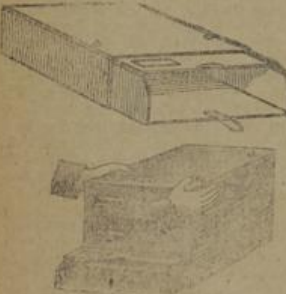
v. mehrer. 100 Heiratslust. Damen mit Verm. von 5 bis 200000 Mk. Herren, auch oh. Verm., d. rasch u. reich heir. w. erh. kostel. Ausk.
L. Schlesinger, Berlin, Wajmannstr. 29.

Unverlässiges Kinder-Fräulein

zu zwei 5-jährig. Kindern per sofort gesuchd. Warenhaus Frankfurt, Weglar a. d. Vohn.

Leinwand.
Eine Leinwand für jeden Gebrauch
Sprünzband
Damen- u. Herren-
Anf. - Band
Alte Fein-
druck- u. -
Druck- u. -
Kölnen. Sie sind die
die Erfindung des Herrn
Kölnen. Sie sind die

Patentierete Original-Reformkästen



Das **Vollkommenste** zur geordneten, staub-sicheren Aufbewahrung von
Formularen, Akten, Schnellheftermappen, Notizen, Zeichnungen, Katalogen, Waren usw.



Unentbehrliches Hilfsmittel für

Kaufmännische Büros, Behörden, Rechtsanwälte, Bankiers, Auskunftleien, Versicherungsgesellschaften etc.

Zum Zusammenbau vollkommener Schränke!

Einzigartig! Prospekte kostenlos durch **Albin Klein, Giessen, Süd-anlage 21**
Papier- und Formular-Handlung **Albin Klein, Giessen, Süd-anlage 21**
Telefon 362

Einige Schränke sind dort aufgestellt und werden Interessenten zur Besichtigung derselben höflichst eingeladen.